

## Die wirtschaftspolitischen Annäherungsbestrebungen.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Es hatte vor einigen Monaten einmal den Anschein, als ob der Gedanke des engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses unserer Monarchie mit Deutschland auf unhaltbarem Vormarsche sei. Die glänzende Dresdener Tagung des deutsch-österreich-ungarischen Wirtschaftsverbandes, der deutsch-österreichische Städtetag, die Kundgebungen der Mehrzahl der deutsch-österreichischen Handelskammern, die gewichtige Denkschrift der 855 österreichischen Hochschullehrer, die Erklärungen verschiedener industrieller Verbände ließen das Beste erhoffen. Aus der türkischen Kammer und dem bulgarischen Sobranje, aus den deutschen Volksvertretungen hörte man den Ruf nach der Bildung des verbündeten Wirtschaftsblockes „Hamburg—Bagdad.“ In Krieg und Frieden enge vereint, war die allgemeine Lösung. Man mochte den politischen und den Handelsteil unserer großen Blätter durchgehen monatelang, der gegnerischen Stimmen waren sehr wenige. Männer, die als besondere Vertrauensmänner unserer Großindustrie galten, wie der kundige Abg. Dr. v. Licht, traten dafür ein und schienen die freundliche Stimmung dieser einflussreichen Kreise wiederzugeben.

Die Regierung freilich schwieg. Bis dann der neue Handelsminister in einer prächtigen Programmrede Worte fand, die die frohen Hoffnungen zu beflätigen schienen.

In Deutschland war man mehr zurückhaltend. Man sagte, aus taktischen Gründen, damit die wirtschaftlichen Einigungspläne nicht zu sehr reichsdeutsches Gepräge bekämen, was aus guten Gründen zu vermeiden war. Auch im Reiche draußen schien die öffentliche Meinung den Plänen sehr gewogen und ein Dr. Raumann galt als deren berufener Chorführer. Die „Kölnische Volkszeitung“ hatte von Anfang an unermüdet und geschickt den Gedanken eines möglichst engen Zusammenschlusses vertreten, mit ihr der Großteil der deutschen Presse.

Auch Ungarn blieb zugeknöpft. Das war etwas beklemmend. Seine Vertreter auf verschiedenen Tagungen redeten in sehr sybillischen Wendungen. „Sehr schöner Gedanke, meine Herren, aber . . . wir werden ja sehen. Einstweilen unsere herzlichste Sympathie.“ Mehr war von diesen Herren, unter denen die rednerischen Talente sonst nicht selten sind, nicht herauszubringen. Als ich dann im „Bester Bloch“ vom 28. November 1915 den sichtlich hochoffiziösen Leitartikel las, klang es wie ein Grabgeläute erster Klasse. Es war nur tröstlich zu lesen, unter welchen ehrenvollen Umständen die Beisehung geschah. Ein wohldisziplinierter Oesterreicher murrte nicht über ungarische Willensmeinungen. Es nützte auch nichts. Anders geartete Gedankengänge ersterben schon in der Feder, denn (ziemlich frei nach Goethe):

„Hinter uns im weissen Scheine  
Liegt, was uns alle bündigt — die Zensur!“

Die Mächte des Widerstandes arbeiten mehr im Verborgenen. In der deutsch-österreichischen Öffentlichkeit merkte man nicht viel davon. Man wollte sich offen der volkstümlichen Strömung nicht entgegensetzen. Insbesondere ist es unsere Schwerindustrie, die von einem engen Anschluß an Deutschland nichts wissen

will. Im Kriege ist deren Macht im Zusammenhange mit den Seereschiffen und den mit ihr engstens verbündeten Großbanken nur noch gestiegen. Dr. Pistor, der uns ein lehrreiches Werk (Die Volkswirtschaft De.-U. 1915) vor kurzem geliefert hat und der als Sekretär der Wiener Handelskammer wohl guten Einblick haben muß, schreibt darüber: „Das Eisenkartell ist ein Musterbeispiel dafür, daß eine Industrie, die sich unter großzügiger Leitung schlagfertig organisiert, die Regierung und das Parlament geradezu zu zwingen vermag, die Interessen dieser Industrie im besonderen Grade zu wahren“ (S. 81). Das Eisenkartell ertrug 1906 die ungesund hohen Eisenzölle, die unserer Volkswirtschaft Hunderte von Millionen gekostet haben. Es ist ja begreiflich, daß diese Herren die hohen Zollmauern um ihr Wirtschaftsgetto nicht gerne missen wollen. Die in der auswärtigen Wirtschaftspolitik führende Schwerindustrie befand sich bei den jetzigen Zuständen sehr wohl, sie erreichte so ziemlich alles, was sie wünschte. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der österreichischen Industriellen, Sektionschef a. D. Brosche, legte auf der großen Tagung des Zentralverbandes in Aussig am 14. September 1913 laut Bericht der „Neuen Freien Presse“ Nr. 17.623 vom 15. September 1913 das klassische Geständnis ab: „Die früheren Handelsverträge, unter deren Mitwirkung die österreichische Industrie ihren großen Aufschwung genommen hat, sind aufgebaut auf die in den Anträgen der handelspolitischen Zentralstelle niedergelegten Wünsche der Industrie. Zu mehr als 75 Prozent sind diese unter Führung des Präsidenten (der Reichenberger Handelskammer) Alois Neumann formulierten Anträge im Zolltarif rezipiert worden.“ Und dennoch tut unsere Industrie so unzufrieden mit unserer Handelspolitik! Auch Dr. Pistor klagte (S. 128) über die „ungleich geringere Berücksichtigung“ der Industrie, des Handels und Gewerbes gegenüber der Landwirtschaft.

Es ist ganz sichtbar geworden, in der Frage des Wirtschaftsanschlusses an Deutschland herrscht unter unseren Industriellen leider keine Einigkeit. Die Meinungen der Fachmänner gehen überraschend weit auseinander. Die Schutzbedürftigkeit großer Teile unserer Industrie gegenüber der deutschen Konkurrenz wird ja als Hauptgegenstand ins Treffen geführt. Dr. Pistor wiederum, der zweifellos die Meinung sehr weiter industrieller Kreise wiedergibt, schreibt, „daß im ganzen und großen die gesamte Textilindustrie, die Eisen-, Stahl-, Leder- und Holzindustrie, die Papierindustrie, das Baugewerbe, wichtige Teile der Nahrungsmittelindustrie, die meisten Bekleidungsbranchen, schließlich das Kunstgewerbe im weiteren Sinne sogar eine reine Zollunion vertragen. Das sind aber rund 70 Prozent der industriellen und gewerblichen Produktion Oesterreichs und Ungarns“ (S. 165). Man bekommt immer mehr den Eindruck, die ganze Sache ist eine Machtfrage geworden, und die Macht ist eben bei der großindustriellen Schwerindustrie, die gegen das Wirtschaftsbündnis aus Gewinninteressen ankämpft. Davon kann unsere Fertigwaren- und Ausführindustrie ein Lied singen. Selbstverständlich ist die Konkurrenzfähigkeit unserer schwächeren Industrie eine hochernste Sache und schwerwiegende Interessen dürfen dem Wirtschaftsbunde nicht geopfert werden. Darin bin ich mit dem aufsehenerregenden „Reichspost“-Artikel Erzellenz Dr. Geßmanns völlig einverstanden. Aber wir Freunde eines